

Berlin, den 29. Juni 2011

Wahlprüfsteine für die Abgeordnetenhauswahl Berlin am 18. 09. 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Tauwetter e. V. arbeitet seit mehr als 16 Jahren in Berlin zum Thema sexualisierte Gewalt und betreibt eine Anlaufstelle für Männer, die in ihrer Kindheit sexualisierte Gewalt erfahren haben.

Wir haben aus Anlass der Abgeordnetenhauswahl 2011 an Ihre Partei einige Fragen zum Thema sexuelle Gewalt.

Wir werden folgende Parteien um eine Stellungnahme zu den untenstehenden Fragen bitten:

- SPD, Berlin
- Die Linke, Berlin
- Die Grünen, Berlin
- CDU, Berlin
- FDP, Berlin
- Piratenpartei, Berlin

Bitte senden Sie Ihre Antworten bis Freitag, den 05. August 2011, gerne auch per E-Mail., an die oben genannte Adresse.

Wir werden diese Stellungnahmen u. a. auf unserer Homepage veröffentlichen und den Medien vorstellen, damit die Berliner Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, sich rechtzeitig über die Positionen der Parteien zu informieren.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Schuh
Tauwetter e. V

Thomas Schlingmann

Wahlprüfsteine:

Recht auf elternunabhängige Beratung für Kinder und Jugendliche:

Aufgrund der derzeitigen gesetzlichen Lage sowohl im Grundgesetz als auch dementsprechend im KJHG haben Kinder nur dann ein Recht auf elternunabhängige Beratung, wenn sie sich in einer Krisen- oder Notfallsituation befinden. Dies erschwert insbesondere bei sich anbahnender sexueller Gewalt den betroffenen Kindern und Jugendlichen einen rechtzeitigen Zugang zu Unterstützungsangeboten.

Wird sich Ihre Partei auf Bundesebene für eine Änderung der rechtlichen Situation, gegebenenfalls auch eine Änderung des Grundgesetzes einsetzen und bis dahin auf Landesebene auch unterhalb der Ebene eines Rechtsanspruches Beratungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausbauen bzw. schaffen?

Das Verhältnis Betroffener sexualisierter Gewalt zu den missbrauchenden Eltern:

2010 hat ein bundesweiter Kongress von Betroffenen sexualisierter Gewalt in Berlin stattgefunden. Auf diesem wurde unter anderem ein Scheidungsrecht für Betroffene von ihren missbrauchenden Eltern gefordert. Hintergrund ist die Tatsache, dass Betroffene nur durch wiederholtes Schildern der Tat Härtefallregelungen erreichen können, denen zufolge sie zum Beispiel als Jugendliche bei Hartz-IV-Bezug ein Anrecht auf eine eigene Wohnung haben oder später nicht für ihre Eltern finanziell aufkommen müssen.

Sieht Ihre Partei Möglichkeiten, unterhalb der gesetzlichen Ebene in Berlin praktische Regelungen einzuführen, die solche Prozeduren vermeiden können z. B. indem einmalig von einer Behörde für alle festgestellt wird, dass ein Härtefall vorliegt?

Koordinierungsstelle sexuelle Gewalt:

Die von der Berliner Landeskommision gegen Gewalt in Auftrag gegebene „Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt“ schlägt zur Verbesserung der Vernetzung zwischen den bestehenden Einrichtungen und zur Erleichterung des Zuganges die Schaffung einer Koordinierungsstelle sexuelle Gewalt vor.

Beabsichtigt Ihre Partei eine solche Koordinierungsstelle einzurichten?

Förderung von Beratung für betroffene Männer:

Der Abschlussbericht der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs, Dr. Christine Bergmann, aber auch die erwähnte Schnittstellenanalyse stellen eine Unterversorgung unter anderem für Männer, die als Junge sexuell missbraucht wurden, fest. Die Informations- und Beratungsstelle Tauwetter e. V., die genau diese Zielgruppe sowie Angehörige und Partner/-innen informiert und berät, hat für den kommenden Haushalt 2012/2013 einen Antrag auf Förderung gestellt.

Wird Ihre Partei diesen Antrag bei der Beschlussfassung über den Haushalt befürworten?

Prävention

Prävention gegen sexualisierte Gewalt ist nicht nur in Kitas und Grundschulen, sondern auch in weiterführenden Schulen notwendig. Im Grundschul- und Kita-Bereich hat Strohalm e.V. als Berliner Facheinrichtung zur Durchführung von solchen Präventionsveranstaltungen eine mehrmonatige Warteliste. Im Bereich Jugendliche scheitern Präventionsveranstaltungen oftmals an der Finanzierung.

Wird Ihre Partei die Finanzmittel von Strohalm e.V. aufstocken bzw. Finanzmittel für Präventionsveranstaltungen an weiterführenden Schulen zur Verfügung stellen?

Ausbildung

Sowohl der erwähnte Kongress Betroffener sexueller Gewalt als auch der erwähnte Abschlussbericht von Frau Dr. Bergmann sehen Verbesserungsbedarf in der Ausbildung sowohl von pädagogischem und sozialarbeiterischem Personal als auch bei Richtern, Ärzten etc. Oftmals erfahren diese Berufsgruppen während der Ausbildung zu wenig über sexualisierte Gewalt.

Was gedenkt Ihre Partei zur Behebung dieses Misstandes zu tun?